

Deutsche Kriegspläne gegen Russland

Gespräche unter hohen deutschen Offizieren

von Robert Seidel

Zu Beginn des Ukraine-Konflikts beruhigte die deutsche Bundesregierung die besorgten Bürgerinnen und Bürger des Landes noch damit, dass man nur Helme aus alten Bundeswehrbeständen an die Ukraine liefern werde und jede weitere militärische Unterstützung ausgeschlossen sei. Doch das Misstrauen der Bevölkerung hatte nicht getäuscht.

Nach und nach involvierte die deutsche Regierung das Land immer tiefer in den Stellvertreter-Krieg der USA mit Russland in der Ukraine. Dieser Konflikt war Jahrzehnte voraus geplant¹ und eine Beteiligung Deutschlands ist vorgesehen. Der Audio-Mitschnitt eines Gesprächs ranghoher deutscher Offiziere Mitte Februar 2024 darüber, wie man Angriffe mit den deutschen *Taurus*-Raketen auf Russland durchführen könne,² offenbart die heimliche Denk- und Vorgehensweise der Berliner Regierung und ihrer Generalität.

Langsam wird der Öffentlichkeit deutlich, dass Europa den Krieg gegen Russland für die USA führen soll, ihn selbst bezahlen soll und die materiellen und immateriellen Folgen tragen muss. Schon heute sind für den deutschen Steuerzahler die Kosten für den Krieg kaum noch zu bezahlen: wie Waffen-, Munitionslieferungen, logistische Zuarbeit, militärische Ausbildungskurse für ukrainische Militärs, Bundeswehrpräsenz im Baltikum, Afrika und den Weltmeeren, aber auch die Kosten für zivile Flüchtlingsunterbringung oder die Sanierung des ukrainischen Staatshaushalts. Diese massiven Zusatzleistungen prallen auf eine rot-grüne Wirtschaftspolitik, die das Land stranguliert.

Deutschland und seine Bevölkerung werden zurzeit technisch und mental darauf vorbereitet, logistische Drehscheibe des ausgedehnten US-geführten Nato-Krieges zu werden. Dass ihr Land damit selbst immer mehr zum Kriegsziel wird, ist vie-

len Bürgerinnen und Bürgern noch nicht bewusst. Die Wahrheit wird in diesen Wochen häppchenweise durch die Mainstreammedien verabreicht.

Noch können die Weichen umgestellt werden. Seit dem Zweiten Weltkrieg stellt das Vorbereiten und Führen eines Angriffskrieges in Deutschland eines der schwersten Verbrechen dar (Art. 26 Grundgesetz).³ Verantwortliche, Mitläufer und Mitwisser, die sich daran beteiligen, werden sich zu verantworten haben, so auch die Teilnehmer des Audio-Mitschnittes.

¹ <https://www.schweizer-standpunkt.ch/news-detailansicht-de-international/auf-dem-weg-in-den-dritten-weltkrieg.html>, 14. Februar 2023 und

Langzeitstrategiepapiere «TRADOC 525-5» (1994) und 525-3-1 («Win in a Complex World 2020–2040») (2014), auch die Vorgängerpapiere. Aktuell: «National Security Strategy», 12. Oktober 2022, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/11/8-November-Combined-PDF-for-Upload.pdf>

² <https://de.rt.com/europa/197981-angriffsplaene-auf-krimbruecke-transkript-gespraechs/>, 1. März 2024
Zum Audio-Mitschnitt: Am 19. Februar unterhielten sich in einer Internetkonferenz auf der Plattform Webex vier Luftwaffen-Offiziere der Bundeswehr auch über eine mögliche Lieferung von *Taurus*-Raketen an die Ukraine und wie sie dort eingesetzt werden könnten. Das geschah in Vorbereitung eines Treffens mit dem Verteidigungsminister Pistorius über Bedingungen einer möglichen Lieferung von Raketen mit grosser Reichweite. Dass Russland keine Desinformation verbreitet, sondern dass tatsächlich dieses Gespräch stattgefunden hat und abgehört wurde, wurde vom Verteidigungsministerium nach einiger Zeit bestätigt. Am Gespräch beteiligt waren der Inspekteur der deutschen Luftwaffe Ingo Gerhartz, der Leiter der Einsatz- und Übungsabteilung Frank Gräfe im Kommando Luftwaffe in Berlin und zwei Mitarbeiter des Weltraumkommandos namens Fenske und Frohstedte. vgl. <https://overtone-magazin.de/hintergrund/politik/wem-schadet-das-abgehorte-gespraech-der-deutschen-luftwaffenoffiziere-ueber-taurus-am-meisten/>, 2. März 2024

³ Art. 26 GG: 1 Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. 2 Sie sind unter Strafe zu stellen.